



Landesverteidigungsakademie
Wien

SUDAN UND SÜDSUDAN 2012

Gerald Hainz/ und Walter Feichtinger

Die Bevölkerung des Südsudan hat sich im Jänner 2011 für die Unabhängigkeit entschieden. Im Juli 2011 folgte formell die Trennung vom Sudan. Die Hoffnungen, die beide Staaten in die Unabhängigkeit gesetzt hatten, haben sich in den letzten Monaten allerdings nicht erfüllt. Der Südsudan wird durch innere Konflikte herausgefordert, der Sudan ist mit Aufständen konfrontiert, viele zwischenstaatliche Probleme sind noch ungelöst.

Zentrales Thema für beide Staaten ist sicherlich die Herstellung von Sicherheit im eigenen Staatsgebiet. Die historischen Erfahrungen stehen dem allerdings entgegen. Denn schon nach der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (1956) waren Instabilität und gewaltsame Konflikte ständige politische Herausforderungen. Das scheint sich in beiden Sudans ohne gravierende Veränderungen fortzusetzen. Als Grund dafür gilt die Zentralisierung, die politische, aber vor allem ökonomische Macht in der Hauptstadt konzentriert. Im Sudan wird dieses Modell von Khartoum weitergeführt und im Südsudan ist die politische Elite auf dem Weg, dieses Modell zu übernehmen und zu adaptieren. Alternativen sind schwierig, da effiziente formale Institutionen und entsprechend ausgebildetes Personal fehlen. Vor diesem Hintergrund ist in beiden Staaten bis auf weiteres nicht mit signifikanten Verbesserungen zu rechnen.

Zwischenstaatliche Probleme

Mit dem Referendum und der Unabhängigkeit des Südsudan wurden die zentralen Punkte des Comprehensive Peace Agreement (CPA) weitgehend umgesetzt, allerdings gibt es auch noch strittige Punkte und Problembereiche.

Aus humanitärer Sicht sind jene etwa zwei Mio. Südsudanesen zu nennen, die im Norden leben und nicht in den Südsudan zurückkehren wollen. Viele von ihnen sind bereits in der zweiten oder dritten Generation im Norden und haben kaum oder keine Bindungen in den Süden. Alleine im Großraum Khartoum hält sich ca. eine Million von ihnen auf, die sich gewissermaßen als Bürger zweiter Klasse und als „Faustpfand“ fühlen.

Wirtschaftlich steht der Streit um die Transitkosten von Erdöl im Zentrum.

IFK Monitor
Jänner 2012

Khartum versucht, sein infolge fehlender Öleinnahmen entstandenes finanzielles Loch (50% des bisherigen Ölexportes) durch überhöhte Transitzkosten zu kompensieren. Auf Intervention Chinas fließt das Öl zwar noch, aber der Südsudan ist nicht bereit, diese Preise zu bezahlen.

Der Grenzverlauf bleibt umstritten, von knapp 2.200 km sind ca. 30% nach wie vor nicht demarkiert. Da diese Grenzabschnitte jedoch von strategischer Bedeutung sind, ist kurzfristig nicht mit einer Lösung zu rechnen. Die Durchlässigkeit der Grenze (soft border) ist jedoch auch in Zukunft wichtig, um die Rechte und damit die Lebensgrundlage von Nomaden im Grenzraum zu gewährleisten.

Im Folgenden werden die Lage in beiden Staaten dargestellt sowie Ableitungen getroffen und Empfehlungen erarbeitet.

Sudan

Die Unabhängigkeit des Südens ist für das sudanesisches Regime eine psychologische, politische und ökonomische Herausforderung. Sie wurde als beschämend und demütigend wahrgenommen. Darüber hinaus bedeutet der erhebliche Verlust bei den Einnahmen aus dem Erdöllexport, dass das Patronagesystem, das die regierende National Congress Party (NCP) während des letzten Jahrzehnts perfektioniert hatte, nicht mehr im bestehenden Umfang aufrecht erhalten werden kann. Hinzu kommen hohe Inflation und Arbeitslosigkeit sowie die Auswirkungen der internationalen Sanktionen.

Die Regierung versucht aus dem sogenannten „Arabischen Frühling“ insofern Kapital zu schlagen, als sie sich als erster Vorreiter dieser Entwicklungen darstellt. Die Demonstrationen im Sudan waren auch weniger ein Ruf nach mehr Demokratie oder gravierenden politischen Umwälzungen als vielmehr eine Reaktion auf die sich verschlechternde ökonomische

Situation der Menschen (Lebensmittelpreise, Stromabschaltungen, etc.). Auf öffentliche Kritik reagierte das Regime bislang allerdings mit Verhaftungen.

An seiner Peripherie ist der Staat mit mehreren Rebellengruppen konfrontiert. Deren jüngst erfolgter Zusammenschluss zur Sudanese Revolutionary Front (SRF) sollte der Regierung jedoch keine zusätzlichen Probleme bereiten. Die darin vertretenen Rebellen sind in ihren Interessen und ideologischen Ausrichtungen zu weit voneinander entfernt, um über einen längeren Zeitraum stabile Allianz bilden können. Sie vereint nur das Ziel, das Regime in Khartum zu stürzen.

Der Darfur-Friedensprozess (Doha-Verhandlungen) brachte bislang keinen dauerhaften Frieden bzw. eine gewaltlose Phase, auch wenn die Kampfhandlungen deutlich abgenommen haben. Die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (Justice and Equality Movement-JEM) hat sich bisher geweigert, ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Mit der Tötung ihres Vorsitzenden, Khalil Ibrahim, im Dezember könnte sie jedoch ihre Position überdenken.

Im Sudan (wie in anderen Ländern der südlichen Sahelzone) leben zahlreiche sogenannte „Araber“ (Afrikaner, die ihre Herkunft historisch von Einwanderern ableiten und über keine nennenswerten Landrechte verfügen). Diese sind mit Versprechen relativ leicht manipulierbar. Sie wurden bereits in der Vergangenheit von der Regierung als einfache Kämpfer für ihre Zwecke missbraucht, das kann sich wiederholen.

Südsudan

Die Bevölkerung des Südsudan stellt sich nach dem Abklingen der Euphorie über die Unabhängigkeit als tief gesplante Gesellschaft dar. Der gemeinsame Feind im Norden fehlt, gemeinsame Ziele aber

ebenso. Die überhöhten Erwartungen der Bevölkerung, die in den Jahren vor der Unabhängigkeit aufgebaut wurde, sind von der Regierung nicht erfüllbar. Doch kann der bisherige Sündenbock Khartum nicht mehr für fehlende Infrastruktur etc. verantwortlich gemacht werden.

Der Staat bleibt nach wie vor ein abstraktes Gebilde. Seit 2005 wurden zwar Institutionen aufgebaut, von einer funktionierenden Verwaltung ist Juba jedoch noch weit entfernt.

Sicherheitsfragen und strukturelle Maßnahmen zum Aufbau von verlässlichen Sicherheitsstrukturen bleiben die große Herausforderung. Die Loyalität der Soldaten beschränkt sich weiterhin auf ihre Kommandanten und erstreckt sich nicht auf die SPLA oder die südsudanesischen Regierung. Falls den Kämpfern keine alternativen Lebensentwürfe geboten werden können, wird auch eine Verkleinerung der SPLA (derzeit ca. 800 Generale und 200.000 Soldaten) auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Verschiedene Milizen produzieren nach wie vor Unsicherheit. Die größte Herausforderung für die Regierung war in den letzten Monaten der im Dezember 2011 getötete Renegat George Athor Deng und sein South Sudan Democratic Movement/Army (SSDM/A). Zum Nachfolger wurde Generalleutnant Peter Kuol Chol Awan bestellt. Während jedoch ein Teil der SSDM/A über eine Wiedereingliederung in die SPLA verhandelt, rührt die neue Führung die Kriegstromele.

Konflikte zwischen ethnopolitischen Gruppen tragen ebenso wie Rebellen Gruppen zur verschärften humanitären Lage bei. Besonders in der Provinz Jonglei kommt es zwischen Lou Nuer und Murle regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Hunderten Toten und zigtausend Flüchtlingen.

Ableitungen und Empfehlungen

Sudan und Südsudan

- Die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten sollten von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Als Vermittler könnte ein neuer Akteur auftreten, der nicht durch ein früheres Engagement voreingenommen ist und von beiden Seiten akzeptiert wird.
- Problematische Grenzgebiete könnten durch ein internationales Monitoring überwacht werden. Die Weitergabe der Informationen an beide Seiten könnte zudem zur Vertrauensbildung beitragen und mögliche militärische „Kurzschlusshandlungen“ verhindern.
- In sowie zwischen den beiden Staaten ist es notwendig dafür zu sorgen, dass Hirtennomaden ihre Weiderechte weiterhin ausüben können.
- Beide Seiten sollten dazu gedrängt werden, Rebellen Gruppen des anderen Staates nicht zu unterstützen. Die internationale Gemeinschaft sollte beiden Staaten klar kommunizieren, welche „roten Linien“ nicht überschritten werden dürfen und die Konsequenzen klar darstellen.
- In beiden Staaten könnte eine Truth and Reconciliation Commission (TRC) installiert werden, wobei die internationale Gemeinschaft nur eine unterstützende Rolle spielen sollte. Staaten mit Erfahrung im Bereich Transitional Justice wie z.B. Südafrika könnten diese Unterstützung anbieten.

Sudan

- Der Druck auf Regimevertreter sollte aufrecht erhalten werden, um politische Transformationsprozesse in Richtung Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte zu unterstützen.

Amtliche Publikation der
Republik Österreich
Bundesminister für
Landesverteidigung und
Sport

Medieninhaber, Heraus-
geber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für
Landesverteidigung und
Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesvertei-
digungsakademie Wien,
Institut für Friedenssi-
cherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteure:
Gerald Hainzl
Walter Feichtinger

Erscheinungsjahr:
2012

Druck:
HDruckZ-ASSt Stift

Gleichzeitig sollten aber auch Kommuni-
kationskanäle mit dem Regime in Khartum
geöffnet bleiben.

- Die Frage der Entschuldung hat für den Sudan große Bedeutung. Diese könnte sowohl als vertrauensbildende Maßnahme wie auch als partnerschaftliche Geste eingesetzt werden.
- Die Sanktionen wären im Hinblick auf die Bevölkerung dahingehend zu überdenken, daß sie nicht langfristig strategische Kooperationen einschränken und die wirtschaftliche Entwicklung behindern.
- Eine Abstimmung der Politik mit den maßgeblichen Nachbarstaaten sowie den Regionalorganisationen könnte zu einer verbesserten Kohärenz und Wirksamkeit internationaler Maßnahmen führen.
- Laizistisch-pluralistisch orientierte Parteien sowie zivilgesellschaftlich organisierte Gruppen sollten unterstützt werden.

Darfur

- UNAMID (United Nations African Union Mission in Darfur) sollte bis zu einem Friedensabkommen fortgesetzt werden und dann von einer Folgemission mit adaptiertem Mandat abgelöst bzw. als solche fortgeführt werden.
- Kriegsverbrecher aller beteiligten Parteien sollten rechtlich verfolgt werden.

Südsudan

- Die Mandate für die UN-Missionen sollten der jeweiligen Lage angepasst sein, sich auf wesentliche Punkte konzentrieren und Prioritäten setzen.
- Der Aufbau von Infrastruktur ist für die weitere südsudanesishe Entwicklung von zentraler Bedeutung.

- Besonders Bildung sollte als Grundlage für jegliche Entwicklung unterstützt werden.
- Der innerafrikanische Wissenstransfer in Bezug auf den Staats-, Institutionen- und Verwaltungsaufbau könnte gefördert werden, um mit positiven afrikanischen Beispielen diese Prozesse zu beschleunigen.
- Internationale Unterstützung sollte an klar kommunizierte Konditionalitäten gebunden werden, Programme und Finanzierungen auf Datenerhebungen (assessment) basieren. Der Südsudan braucht ein klares und transparentes Management staatlicher Gelder bis auf die lokale Ebene. Die Regierung sollte eine klare „Roadmap for Governance“ erstellen und international daran gemessen werden.
- Eine Sicherheitssektorreform könnte im Bereich Ausbildung von Polizei und Militär von afrikanischen Staaten wahrgenommen werden, wobei die Priorität auf der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten liegen sollte (Menschenrechte, etc.). Für die Ausbildungen sollten jene Personen herangezogen werden, die einerseits über die notwendige Vorbildung verfügen und auch Willens sind, daran teilzunehmen. Die internationale Gemeinschaft könnte sich besonders auf den Bereich der Soft Security (Rechtsstaatlichkeit, etc.) konzentrieren.

- Der Aufbau einer Zivilgesellschaft (Medien, NGOs, etc.) könnte gezielt unterstützt werden.

- Internationale Organisationen sollten ihre Arbeit nicht nur auf Juba und einige wenige größere Städte konzentrieren, ohne die Bedürfnisse des restlichen Südsudans zu kennen. Aufgrund der Vorbildwirkung für die südsudanesishe Regierung sollten internationale Organisationen auch auf dem Land tätig werden.